

ERSETZUNGSANTRAG

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SPD-Fraktion**

Gegenstand:

A0407/22 Entscheidung über die zukünftige Höhe der Nahverkehrstarife im Verkehrsverbund Oberelbe abgestimmt auf Beschluss zu Vorlage V1883/22

Beschlussvorschlag:

Das Votum des federführenden Ausschusses wird wie folgt ersetzt:

1. Der Stadtrat erteilt den Vertreter*innen der Landeshauptstadt Dresden in der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes Oberelbe die Weisung,
 - a. eine Verschiebung der Entscheidung über die zukünftige Höhe der Nahverkehrstarife im VVO (Verkehrsverbund Oberelbe) auf einen kurzfristigen Termin (spätestens am 10.2.23) nach dem Beschluss der Vorlage V1883/22 „Anpassungen des Parkraummanagements, der Tarife und der Organisation des ÖPNV als Beitrag zur Sicherung des ÖPNV in der Landeshauptstadt Dresden“ zu bewirken;
 - b. auf die Einberufung einer entsprechenden zusätzlichen Verbandsversammlung nach § 8 ZVOE-Verbandsatzung bis zum 10.2.2023 hinzuwirken;
 - c. darauf hinzuwirken, dass die Auswirkungen des Deutschlandtickets bei der weiteren VVO-Tarifgestaltung berücksichtigt werden;
 - d. darauf hinzuwirken, dass die im Rahmen einer Abo-Monatskarte derzeit bestehenden Vorteile (kostenlose Mitnahme eines Erwachsenen und von bis zu vier Kindern in bestimmten Zeiträumen, Nutzung MOBibike, Vergünstigung TeilAuto/MOBIcars, Mitnahme Fahrrad bzw. Hund, ggf. auch Übertragbarkeit) und andere Zusatzangebote (z.B. Nutzung von Sonderverkehrsmitteln) in Abstimmung mit der DVB in einem Zusatzticket zum Deutschlandticket gebündelt werden und dieses neue Tarifangebot nach Beschluss durch die VVO-Verbandsversammlung parallel zum Deutschlandticket eingeführt wird;

- e. auf eine automatische Überleitung der bisherigen Abo-Kundschaft in das Deutschlandticket und ein zu schaffendes Zusatzticket hinzuwirken, sofern diese Tarifkombination den regulären VVO-Abopreis unterschreitet.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Mitgliedern der Verbandsversammlung VVO die Ergebnisse des Gutachtens zur Finanzierung des ÖPNV in Dresden zur Information zur Verfügung zu stellen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat in Abstimmung mit DVB und VVO eine Neufassung der Richtlinie zur Gewährung des Dresden-Passes vorzulegen, die auch eine 50-prozentige Ermäßigung des Deutschlandtickets und des zu schaffenden Zusatztickets ermöglicht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Christiane Filius-Jehne

Dana Frohwieser

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

SPD-Fraktion

Agnes Scharnetzky

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN